

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

26. November 1953

86/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. G r e d l e r, H e r z e l e und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Gebarung mit der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Firma
"Österreichische, früher Ostmärkische Filmtheaterbetriebs-Ges.m.b.H." in
Wien.

-.-.-.-

Die Österreichische früher Ostmärkische Filmtheaterbetriebs-Ges.m.
b.H. der Gemeinde Wien und zu je 50 % im Eigentume
stand bis August 1938 zu je 50 % im Eigentume/der Zentralsparkasse
der Stadt Wien. Mittels Notariatsakt vom 4. August 1938 wurden die bei-
den Anteile an die "Cautio-Treuhandgesellschaft m.b.H." Berlin, jetzt
Düsseldorf, bzw. die Universum-Film-AG. in Berlin verkauft. Das Gesell-
schaftskapital der Ostmärkischen Filmtheaterbetriebs-Ges.m.b.H. früher
"Kiba" betrug 18.000 RM (früher 24.000 ö.S.). Die neuen Gesellschafterin-
nen, die Cautio und die Universum-Film-AG. erhöhten das Kapital um je
500.000 volleingezahlte Reichsmark auf zusammen 1.000.000 RM. Außerdem
wurden für die Wiener Betriebe enorme Aufwendungen gemacht (ungefähr
3.000.000 RM). Am 29. Mai 1942 traten die beiden Gesellschafterinnen
ihre Anteile an die Deutsche Filmtheaterbetriebs-Ges.m.b.H. Berlin ab,
in deren Eigentum sie noch heute stehen.

Mit Rücksicht auf das deutsche Eigentum an dieser Firma wurde im Jahre
1945 vom Magistrat der Stadt Wien ein öffentlicher Verwalter bestellt,
trotzdem die Ostmärkische Filmbetriebs-Ges.m.b.H. nicht nur in Wien,
sondern auch in anderen Bundesländern Betriebe besitzt und außerdem deut-
sches Eigentum vorlag, dessen Verwaltung bis zur Erlassung der II. Dele-
gierungsverordnung 1951 direkt vom Bundesministerium für Vermögenssiche-
rung und Wirtschaftsplanung bzw. später Finanzministerium zu erfolgen
hatte. Fast zur gleichen Zeit, als die Ostmärkische Filmtheaterbetriebs-
Ges.m.b.H. unter öffentl. Verwaltung gestellt wurde, gründete die Gemeinde
Wien ein gleiches Unternehmen und benannte es "Kiba", also mit jenem
Firmenwortlaute, den die Ostmärkische Filmtheaterbetriebs-Ges.m.b.H. bis
August 1938 geführt hatte. Der Sitz dieser neuen Kiba wurde in den
Räumen der Ofb in der Gumpendorfer Straße 63 festgelegt. Der öffentli-
che Verwalter ließ nun zu, daß die neugegründete "Kiba" ohne jeden Rechts-
titel mit dem Vermögen der Ofb, also der alten "Kiba" schaltete und walte-
te. Da der Restitutionsfonds der freien Gewerkschaften einen Rückstel-
lungsanspruch gegen die Ofb geltend machte, wurden sogar Rückstellungs-

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

26. November 1953

vergleiche über zwei der Ofb. gehörige Filmtheatergebäude (Apollo-Kino und Weltspiegelkino in Wien) zwischen dem öffentlichen Verwalter der Ofb und dem Restitutionsfonds geschlossen, welche ungeachtet der damaligen Bestimmungen von der MA 62 als Aufsichtsbehörde genehmigt wurden. Im November 1950 teilte die Kiba der anfragenden Universum-Film-AG. in Berlin mit, daß es kein Vermögen der Ofb mehr gebe, da alles an den Restitutionsfonds der freien Gewerkschaften zurückgegeben worden sei. Es ergibt sich daher der Verdacht, daß der öffentl. Verwalter der Ofb sein Amt mißbraucht hat und der Magistrat der Stadt Wien ebenfalls seine Aufsichtspflicht verletzt hat. Er scheint geduldet zu haben, daß über fremdes Eigentum Rückstellungsvergleiche ohne Abrechnung der Aufwendungen geschlossen wurden. Da die Republik Österreich Treuhänderin für deutsches Eigentum ist, besteht die Gefahr, daß der österreichische Staat für solche durch kein Gesetz gedeckte Transaktionen zur Schadenshaftung herangezogen werden kann.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

Anfrages

Was gedenkt der Herr Bundesminister zu tun, um diese Vermögensverschiebungen rückgängig zu machen und für die Unantastbarkeit des deutschen Eigentums zu sorgen?

—